

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Präsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch behördlich bestimmte Blatt

<p>Bezugpreis mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.— für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Beilage. Telefon Sammelnummer 72206. Postfachkonto: Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 53477</p>	<p>Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21 Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 72206. — Bertag in Leipzig: Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72206</p>	<p>Inseratenpreise: Die 10gealt. Kolonelle 35 Bfg., bei Planvorricht 40 Bfg. Stellenangebote 10gealt. Kolonelle 25 Bfg. Familienanzeigen von Privatent die 10gealt. Kolonelle mit 50% Nachl. Reklameseite 2 Mk. Inzerate v. ausm. die 10gealt. Kolonelle 40 Bfg. bei Planvorricht 50 Bfg., Reklameseite 2,25 Mk.</p>
--	--	---

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postämter entgegen

Hoover zum Präsidenten von USA gewählt!

Sicher!

21 New York, 7. November. Nach den bislang vorliegenden Meldungen erscheint die Wahl Hoovers zum Präsidenten der Vereinigten Staaten als gesichert

Große Mehrheit!

21 New York, 7. November.

Der Vorsitzende des Demokratischen Parteiauswahls bestätigt um 7 Uhr morgens Mittelenuropäischer Zeit die Wahl Hoovers zum Präsidenten der Vereinigten Staaten. Wie jetzt bekannt wird, ist die Stimmenmehrheit für Hoover im Osten und im mittleren Westen der Staaten ganz außerordentlich. Sie dürfte in New York etwa 100 000, in Ohio etwa 600 000, in Illinois 400 000, in Massachusetts 100 000, in Wisconsin 30 000, in Missouri 30 000, in Indiana 10 000, in Kentucky 150 000 und in Pennsylvania 600 000 betragen.

21 New York, 7. November.

Nach den letzten Zählungen kann Hoover jetzt als sicher bereits 387 Stimmen auf sich vereinen, während es Coolidge 1924 nur gelang, 334 Stimmen zu erreichen. Nach einer New Yorker Schätzung glaubt man, daß Hoover insgesamt etwa 450 Stimmen von 531 bekommen wird. Die demokratische traditionenmäßige Überlegenheit in den Südstaaten scheint ebenfalls gebrochen zu sein und große Massen der Demokraten sind zu den Republikanern übergetreten.

Vorläufige Resultate aus USA

21 New York, 6. November.

Die Wahlbeteiligung im ganzen Lande ist so reger, daß vielfach die Bekanntgabe des Endergebnisses in einzelnen Wahlstellen schon vor dem offiziellen Schluß erwartet wird. Es laufen bereits Teil-

ergebnisse, namentlich aus dem Süden und dem mittleren Westen, ein, wobei bei denen im Süden, hauptsächlich in den ländlichen Bezirken, Smith die Führung hat, während im mittleren Westen und in einigen Atlantikstaaten anscheinend Hoover an erster Stelle steht. Teilergebnisse aus Texas weisen einen scharfen Kampf zwischen beiden Kandidaten auf. In Atlantic City Philadelphia und einigen andern Orten ist es zu geringeren Zusammenstößen zwischen republikanischen und demokratischen Vertretern gekommen, da bei der Stimmabgabe angeblich Betrügereien verübt worden sein sollen.

In der Stadt New York wurden etwa 100 000 Stimmen mündlich abgegeben. Die Stimmabgabe geht besonders schnell vonstatten in Bezirken, in denen Wahlmaschinen benutzt werden. Bis 15 Uhr hatten etwa 75 Prozent aller Stimmberechtigten ihr Wahlrecht ausgeübt. Die Wahlbeteiligung in den Südstaaten war ungewöhnlich stark, namentlich seitens der Frauen. Die bis 17 Uhr vorliegenden Teilergebnisse aus verschiedenen Landesteilen lassen keine ungewöhnlichen parteipolitischen Verschiebungen erkennen.

Smith gratuliert

21 New York, 7. November.

Gouverneur Smith, der die Wahlergebnisse im New Yorker Hauptquartier der Demokraten entgegennahm, ohne sich zunächst dazu zu äußern, sandte gegen Mitternacht, als sich das Ergebnis der Wahlen überblicken ließ, folgendes Telegramm an Hoover: „Ich beglückwünsche Sie herzlich zu Ihrem Sieg und bitte Sie, meine besten und aufrichtigsten Wünsche für Ihr Körperliches und seelisches Wohlergehen und für den Erfolg Ihrer Regierung entgegenzunehmen.“

Der Franken war bald stabilisiert. Aber Poincaré hatte es mit der gesetzlichen Stabilisierung nicht so eilig. Er zögerte, sie immer und immer wieder hinaus, und wenn die Radikalfazialisten einmal Miene machten, sich den reaktionären Gesellen Poincarés zu widersetzen, dann drohte er nicht nur mit seinem Rücktritt, sondern versicherte auch, daß damit das ganze Werk der Währungsstabilisierung vernichtet werde. Das genügte in Dutzenden von Fällen, um die gewaltige Mehrheit der Kammer zu einem Vertrauensvotum zu veranlassen.

Die Wahlen in diesem Frühjahr haben an der Zusammenfassung der Kammer im wesentlichen nichts geändert. Poincaré, der vor allem als ein Hindernis der deutsch-französischen Verständigung bezeichnet wurde, siegte, und das Kabinett regierte in der alten Zusammenfassung weiter. Die Radikalfazialisten hatten sich im Wahlkampf zum Teil recht scharf gegen Poincaré ausgesprochen und sie redeten sogar von der Wiederherstellung des Linksartells, also einer mehr oder weniger offenen Koalition mit den Sozialisten. Trotzdem blieben sie in der „nationalen Konzentration“. Der Widerstand, der sich gegen Poincaré in der eigenen Partei regte, wurde von Herriot beschwichtigt. Aber für die Dauer reicht selbst die stärkste Phrase nicht aus, um die Klasseninteressen zu verdeckeln, die sich in der Politik durchsetzen. Die Kleinbäuerlichen und Kleinrentnerischen, die in der Radikalfazialistischen Partei einen starken Ausschlag geben, haben immer wieder, und zuletzt auf dem Montagabend zum Ende gegangenen Parteitag ihrer Unzufriedenheit deutlich Ausdruck gegeben. Es sind da in Angers, wo der Parteitag stattfand, recht radikale Beschlüsse gefaßt worden, in denen die Partei zur Vertretung von Mindestforderungen verpflichtet wird, die sie als Teil der „nationalen Einigung“ nicht vertreten kann. Aber dennoch wollte der Parteitag nicht, daß die Minister aus dem Kabinett austreten. Obwohl mit seinen Beschlüssen die Politik des Kabinetts Poincaré mißbilligt wurde, sprach der Parteitag den radikalfazialistischen Mitgliedern dieses Kabinetts gleichzeitig seinen Dank aus. Widerspruch und Habheit, die das radikalisierende Kleinbürgertum schon stets ausgezeichnet haben!

Daß es im Anschluß an diesen Parteitag dennoch zu einer Regierungskrise gekommen ist, ist weniger ein Erfolg einer klaren Stellungnahme, als vielmehr ein Erfolg der geschickten Taktik Poincarés. Zwar haben die vier Minister Herriot, Sarraut, Queuille und Perrier eine im letzten Augenblick vorgenommene Verschärfung der Rundgebung des Parteitages zum Anlaß genommen, um ihre Demission einzureichen. Doch selbst, wenn damit die gesamte Kammerfraktion der Radikalfazialisten dem jetzigen Kabinett das Vertrauen entzogen hätte, würde Poincaré noch immer über eine sichere Mehrheit verfügen. Wenn er trotzdem die Gesamtdemission einreichte, so tat er es einmal, um den Radikalfazialisten einen Schlag zu verfehlen und zum andern, sich durch einen günstigen Ausgang seine Popularität zu erhalten und womöglich noch zu steigern. Beides dürfte er wahrcheinlich erreicht haben. Schon wenige Stunden nach seinem Rücktritt gilt es allgemein als sicher, daß kein anderer als Poincaré selbst der Nachfolger Poincarés werden wird. Da im französischen Parlament die Grenzen der Parteien nicht so scharf gezogen sind, da auch die einzelnen Parlamentarier sich nicht an eine straffe Parteidisziplin gebunden fühlen, hat der wiedererwählte Poincaré ein verhältnismäßig leichtes Spiel. Er kann bis zu einem gewissen Grade der Kammer die neue Regierung diktiert, die er haben will. Denn wie anderswo, so liebt auch in Frankreich der Bürgersmann die Ruhe und die Ordnung, die ihm Poincaré vor zweieinhalb Jahren wiedergegeben und seitdem erhalten hat und von ihm hofft er, daß er sie ihm weiter erhalten wird.

Bei der Beratung des Budgets wäre es zu ersten Differenzen, vielleicht sogar zum Bruch gekommen. Möglicherweise wäre dann Poincaré der Geschlagene gewesen. Heute ist er es nicht und es eröffnet sich ihm die Aussicht, daß er nach einer längeren oder kürzeren Regierungskrise vor die Kammer tritt, die dann weniger Entschlossenheit zeigen wird, den Konzeptionen an die katholische Kirche, der Erhöhung der Rüstungskredite, der Steuerpolitik und den reaktionären Vorstößen des Herrn Poincaré, gegen Koalitionsfreiheit der Beamten u. a., ernsthaften Widerstand zu leisten. Der Rücktritt von der Regierung in diesem Augenblick ist ihm ein Mittel, um als künftiger Ministerpräsident Schwierigkeiten leichter Herr zu werden, als es ihm bei einem Verbleiben möglich gewesen wäre. Ein politischer Kurswechsel steht jedenfalls nicht in Aussicht.

Wir wollen uns in Kombinationen über die endgültige Lösung der Krise nicht einlassen. Sicher scheint uns nur, daß ein neues Linksartell, von dem auch orafest wird, völlig ausgeschlossen ist. Nicht nur, daß es in der Kammer über keine Mehrheit verfügt, vor allem sind es die Sozialisten, bei denen gerade jetzt diejenigen, die für ein enges Zusammengehen mit den Radikalfazialisten sind, nur eine Minderheit bilden.

Die „nationale Einheit“ in Scherben

Kabinett Poincaré zurückgetreten

21 Paris, 6. November.

Vor dem Ministerrat, der heute vormittag stattfand, haben die vier radikalen Minister Herriot, Sarraut, Queuille und Perrier sich ins Finanzministerium begeben und eine lange Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Poincaré gehabt. Sie haben ihm mitgeteilt, daß sie auf Grund der Beschlüsse des radikalen Kongresses von Angers sich gezwungen gesehen, bei ihm ihre Demission zu übergeben. Nach dieser Unterredung hat Ministerpräsident Poincaré sich ins Elysée begeben, wo der Ministerrat stattfinden sollte. Der Präsident der Republik hat die übrigen Minister allein gelassen, wobei diese unter sich in voller Freiheit über die Lage beraten, die durch die Demission der vier radikalen Minister geschaffen worden ist.

21 Paris, 6. November.

Der Rücktritt der vier radikal-sozialen Minister hat die Demission des Gesamtkabinetts nach sich gezogen. Nach einstündiger Beratung haben die um Poincaré vereinigten Mitglieder des Hauptkabinetts beschloffen, dem Präsidenten der Republik ihre Komter zur Verfügung zu stellen. Poincaré begründet in dem Demissionschreiben den Rücktritt mit der von ihm für unerlässlich gehaltenen Aufrechterhaltung der nationalen Einheit, die durch den Rücktritt der radikal-sozialen Minister gebrochen sei.

Dazu wird uns aus Paris geschrieben: Die Demission des Kabinetts Poincaré, die am Dienstag so unerwartet erfolgte, hat in allen politischen Kreisen in Paris wie eine Bombe gewirkt. Es läßt sich zwar nicht bestreiten, daß die Grundlage des Kabinetts, die „nationale Einheit“, so wurmfressig geworden war, daß das Kabinett sich nach allgemeiner Ansicht gerade noch knapp bis über die Annahme des Budgets hinaus, also bis zum neuen Jahre, hätte retten können. Poincaré dagegen hat eine sehr geschickte Taktik verfolgt. Sein Kabinett war tatsächlich abgenutzt, dadurch aber, daß es eine Minute vor seinem natürlichen Tode freiwillig demissionieren konnte, scheitert Poincaré mit ungebrochenem Prestige aus seinem Amt. Poincaré hätte, wenn er am Dienstagmittag mit der Vertrauensfrage vor die beiden Häuser des Parlaments getreten wäre, sicherlich in der Kammer eine Dreiviertelmehrheit, im Senat sogar eine beinahe einstimmige Mehrheit erhalten können.

Die parlamentarische Lage ist vorläufig noch vollkommen un-

geklärt. Die „nationale Einheit“ ist nun, wo sie einmal auseinandergefallen ist, endgültig tot und begraben. Da sich Poincaré in seinem Demissionschreiben aber nochmals auf sie als die einzige gangbare politische Formel festgelegt hat, scheidet er vorläufig als Kandidat für die neue Regierungsbildung aus. Trotzdem wird natürlich der Präsident der Republik, Doumergue, das Unmögliche versuchen, ihn wieder zur Annahme zu bewegen.

Noch bevor die Kammer zusammengetreten war, ist das Kabinett Poincaré zurückgetreten. Der Ministerpräsident hat das Ausschneiden der vier radikalfazialistischen Minister zum Anlaß genommen, mit seinem ganzen Kabinett zu verschwinden. Die Regierung der „Nationalen Union“ ist vorläufig wenigstens, zu Ende. Fast zweieinhalb Jahre hat Poincaré diese Gruppierung zusammengehalten und die politischen Geschicke Frankreichs geleitet. Zwei Jahre nach seiner großen Niederlage in den Wahlen von 1924 kam er wieder oben auf. Die Unfähigkeit der bürgerlichen Demokratie und der mächtige Einfluß der kapitalistischen Schichten trug ihn in einer Zeit an die Spitze der Regierung, in der das gesamte Bürgertum keinen Ausweg aus der angstvollen Lage des Währungszusammenbruchs sah. Das Kabinett des Linksartells mit seinem Ministerpräsidenten Herriot scheute sich, den Weg der Frankensanierung zu gehen, den ihm die zur Unterstützung entschlossenen Sozialisten wiesen. Die zögernde Unentschlossenheit ermunterte damals die Bank- und Industriekapitalisten in Frankreich zu den gleichen Manövern, die von denselben Schichten 1923 in Deutschland durchgeführt worden waren. Das Gespenst einer riesigen Inflation wuchs empor. Regierungen kamen und stürzten in wenigen Tagen, bis dann die ganze Kammer sich, mit Ausnahme der Sozialisten, in die Arme des Retters Poincaré warf. Der bildete das „Kabinett der nationalen Konzentration“, als dessen höchste Aufgabe er immer wieder die Durchführung der Frankensanierung erklärte. Und da nach dem Zusammenstoß aller kapitalistischen Schichten und der günstigsten Kenner die Gefahr „sozialistischer Experimente“ nicht mehr bestand und Poincaré das uneingeschränkte Vertrauen des Bank- und Schwerkapitals genoss, so bestand für die Inflationstheorie kein Grund mehr, ihr Treiben fortzusetzen. Die „Sicherheit“ lehrte zurück und alle waren des Lobes voll über Poincarés erfolgreiche Politik.